

1 *Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:*

2 *Der Parteitag der SPD Bremen-Stadt möge beschließen:*

3

4 **Resolution: Geld ist nicht alles, aber durch Inflation wird**
5 **aus allem schnell nichts – Inflation und Krisenfolgen**
6 **bekämpfen!**

7

8 Alles wird immer teurer – eine derart schnell fortschreitende Inflation hat es in Deutschland
9 lange nicht gegeben. Aktuell liegt die Teuerungsrate statistisch bei rund 8 Prozent, das heißt
10 Waren und Dienstleistungen sind im Schnitt 8 Prozent teurer als im Vorjahr. Diese
11 deutlichen Preissteigerungen machen sich an der Supermarktkasse, an der Pommesbude,
12 an der Tankstelle und ganz besonders auf der Heizkostenabrechnung bemerkbar.

13

14 **Die Inflation trifft nicht alle gleich!**

15

16 Die hohe Inflation und das nicht absehbare Ende der Preissteigerungen verschärft die
17 gesellschaftliche Spaltung und macht ein entschlossenes Handeln durch die Politik
18 notwendig. Die Preissteigerungen sind für arme Menschen existenzbedrohend, für den
19 Mittelstand problematisch und für Reiche ein Segen! Gerade nicht wohlhabende Menschen
20 sind von der Inflation besonders betroffen, denn für viele hat das Geld bereits vor den
21 aktuellen Preissprüngen kaum zum Leben gereicht. Auch wenn der sogenannte statistische
22 Warenkorb vermittelt, alle Menschen wären in gleicher Art betroffen: Wer einen höheren
23 Anteil des eigenen Einkommens für Energiekosten oder den täglichen Lebensunterhalt
24 ausgeben muss, erwischt genau den Teil des Warenkorbes, der sich aktuell am schnellsten
25 verteuert.

26

27 “Wer Schulden hat, der profitiert von der Inflation.”, so lautet ein Merksatz der Ökonomie. In
28 der Realität trifft dies aber nur auf wohlhabende Schuldner*innen zu, die ihre Schulden
29 durch reale Werte absichern können, also in der Bilanz keine wirklichen Schulden haben.
30 Während Staat und Vermögende davon profitieren, dass sich ihre Schulden zügiger
31 entwerten, sorgt die steigende Inflation bei armen Menschen mit Schulden nicht für
32 Entlastung, sondern für zusätzliche Belastungen. Eine Erhöhung der Zinsen, auch mittelbar
33 durch Erhöhung des Leitzins muss deshalb politisch verhindert werden. Neben den
34 absehbar fatalen Folgen für Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen, wäre eine
35 Erhöhung des Zinsniveaus auch ökonomisch eine Katastrophe. Sollte ein Anziehen der
36 Zinsen für ein Stocken der wirtschaftlichen Entwicklung sorgen, droht der Volkswirtschaft
37 eine Stagflation oder sogar eine Rezession. Eine Zinserhöhung sorgt aktuell nicht für einen
38 Rückgang der Inflation, da diese angebotsbedingt und nicht auf die Geldmenge
39 zurückzuführen ist.

40

41 **Das Problem heißt Kapitalismus!**

42

43 Die aktuellen Krisen (Ukraine, Corona, Klima...) bringen das finstere Gesicht des
44 Kapitalismus zum Vorschein, denn dieses System sichert Unternehmen und ihren reichen
45 Eigentümer*innen fette Gewinne auf unsere Kosten. Krisenprofiteure sind im Kapitalismus

46 systemimmanent, schließlich muss jemand die immer weiter steigenden Rechnungen
47 schreiben, die andere nur mit Mühe begleichen können.
48 Mit Krisen Profit zu machen ist eine höchst unmoralische Tat und gerade deshalb braucht es
49 wirksame Umverteilungsmaßnahmen für die Krisengewinne. Wir begrüßen die vom
50 Bürgermeister Bovenschulte vorgeschlagene Übergewinnsteuer und fordern ihre Einführung
51 für alle Umsätze nach dem Vorbild Italiens. Die EU hat den Mitgliedstaaten die Einführung
52 einer solchen Steuer freigestellt, jetzt muss Deutschland zügig handeln.

53

54 Der von der Ampel-Koalition als gut gemeintes Vorhaben eingeführte Tankrabatt, in Form
55 eines Steuerrabattes auf Kraftstoffe, ist in unseren Augen gescheitert. Die
56 Mineralölkonzerne und Tankstellen haben es offenbar als Subventionsprogramm begriffen
57 und sich den Rabatt selbst in die Tasche gesteckt. Deshalb verlangen wir das sofortige Aus
58 des Tankrabatts. Stattdessen fordern wir die Einführung eines Preisdeckels für Energie und
59 Kraftstoffe. Benzin, Diesel und andere Kraftstoffe sollen zukünftig zu einem festen Preis in
60 Anlehnung an den jeweiligen Weltmarktpreis vertrieben werden. Für Heizenergie und Strom
61 unterstützen wir die Forderung der IG Metall nach einem Preisdeckel für 8000
62 Kilowattstunden im Jahr in Verbindung mit einem Verbot privater Energie-, Strom-, oder
63 Wassersperren.

64

65 **Entlastung statt steigende Zinsen**

66

67 Daneben ist es Aufgabe der Politik, für weitere Entlastungen der Verbraucher*innen zu
68 sorgen. Die bisherigen Entlastungspakete waren ein erster Schritt und müssen dringend
69 fortgeschrieben werden, insbesondere mit Blick auf Menschen ohne oder mit kleinem und
70 mittlerem Einkommen, sowie Menschen in Ausbildung. Wir fordern deshalb weitere
71 Entlastungspakete, von denen vor allem junge Menschen profitieren, die in der letzten
72 Runde vergessen wurden. Einmalzahlungen helfen jedoch nur kurzfristig, deswegen müssen
73 grundsätzliche Lösungen gefunden werden: Eine höhere Mindestauszubildendenvergütung
74 (wenn nötig auch auf Landesebene), höhere Regelsätze bei Hartz IV und ein Bafög, das
75 zum Leben reicht. Für Studierende fordern wir außerdem eine sofortige Streichung des
76 Verwaltungskostenbeitrages, die eine schnelle und effektive Entlastung in Höhe von 100 €
77 jährlich bedeuten würde. Das 9-Euro-Ticket als Entlastung bei Mobilitätskosten
78 insbesondere für Pendler*innen sehen wir als Erfolg und fordern eine Verlängerung
79 mindestens bis Ende 2022.

80

81 Da die Inflation besonders Menschen mit geringen Einkommen trifft, fallen darunter auch
82 besonders häufig Menschen, die kein Wohneigentum besitzen, sondern zur Miete wohnen.
83 Wir fordern deshalb die Ausweitung des Mieter*innenschutzes (Aussetzung der
84 Eigenbedarfskündigung und Umwandlungsverbot) und ein Moratorium für Mietpreise. Dieses
85 soll Mieterhöhungen für die kommenden 5 Jahre gesetzlich untersagen. Außerdem fordern
86 wir ein dauerhaftes Verbot von Index-Mieten. Zum Schutz vor explodierenden Nebenkosten
87 fordern wir ein Kündigungsverbot aufgrund von Nachzahlungsforderungen, sowie ein
88 befristetes Aussetzen der Umlagefähigkeit von Dienstleistungen im Auftrag des Vermieters.